

Köln, eine multikulturelle Stadt – Eine kommunale Integrationspolitik

Teresa De Bellis, *Mitglied des Rats der Stadt Köln*

Von 1 Million Kölner Bürgern haben 322.000, also 31,4%, eine Migrationsgeschichte. Hierzu gehören neben den Ausländern auch die Deutschen, die eingebürgert wurden, und die Kinder und Enkel von Immigranten. 75.000 sind unter 18 Jahren. Ihr Anteil an dieser Altersgruppe in Köln beträgt 47,1% und wird in einigen Jahren über 50% erreichen. Werden nur die ausländischen Staatsbürger gezählt, so kommen wir in Köln auf 177.000 Ausländer, davon sind 65.000 Türken und 19.000 Italiener.

Der großen Zahl von Migranten entspricht eine Vielzahl von Migranten-Vereinigungen in Köln. Dies gilt auch für die Menschen mit italienischer Migrationsgeschichte. Hervorzuheben sind das COMITES (Komitee der Italiener im Ausland), eine von den italienischen Staatsbürgern gewählte Vertretung, und der Elternverein CO.AS. SC.IT. Beide Organisationen sind für den Bezirk des italienischen Konsulats Köln zuständig. Außerdem bestehen in Köln 13 Vereine mit teilweise regionalem Charakter im Bildungs- und Freizeitbereich. Auf dem Feld der Sozialberatung sind neben zwei Patronati (ACLI, ITAL) auch der katholischen Kirche nahe stehende Stellen (u.a. Caritas) aktiv. Hervorzuheben sind schließlich das italienische Kulturinstitut „Dante Alighieri“ und der WDR mit seinem italienischen Hörfunkprogramm „Radio Colonia“.

Eine wichtige Vertretungsfunktion der Migranten hat in Köln der „Integrationsrat“. Das Gremium besteht aus 11 Mitgliedern des Stadtrats sowie aus 22 von Migranten, nicht nur von ausländischen Staatsbürgern, gewählten Vertretern. An der Wahl 2004 nahmen 25.000 Kölner Bürger teil. Der Integrationsrat kann sich als beratendes Gremium mit allen Angelegenheiten der Stadt befassen. In den Rat der Stadt Köln wurden bei der letzten Kommunalwahl 3 Mitglieder mit einer Migrationsgeschichte gewählt.

Konsens für off ensive Integrati onspoliti k

Alle großen Parteien im Stadtrat bekennen sich zu einer offensiven Integrationspolitik. Sie betrifft nicht nur die neu nach Köln kommenden Ausländern, sondern gerade auch die vielen schon seit langem in Köln wohnenden Menschen mit Migrationsgeschichte. Integration erledigt sich nicht von selbst, wie wir schmerzhaft bei der dritten Generation von Migranten feststellen mussten. Nicht wenige hat es erstaunt, dass selbst viele Enkelkinder der Zuwanderer Probleme mit der deutschen Sprache haben. Auch wenn dies nur für eine Minderheit gilt, so ist dies doch eine Partei übergreifende Herausforderung, denn mangelnde Sprachkenntnisse bedingen schlechte Bildungschancen und oftmals Langzeitarbeitslosigkeit.

Eine offensive Integrationspolitik ist im Interesse der Stadt und seiner Bürger. Migranten sind ein Gewinn, weil Mehrsprachigkeit eine Ressource ist, Kunst, Literatur und Film davon Impulse erfahren, Wissenschaft und Wirtschaft davon profitieren und gerade auch im zusammenwachsenden Europa sich hieraus große Chancen entwickeln können.

Kommunale Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die insbesondere die Rahmenbedingungen verbessern muss. Ohne die Integrationswilligkeit der Migranten und einer aktiven Aufnahmebereitschaft der alt eingesessenen Kölner Bürger wird Integration

nicht gelingen. Die wichtigsten Handlungsfelder sind die *Sprachvermittlung*, die *Schule*, die *Chancengleichheit von Frauen*, die *Berufsausbildung*, die *Existenzgründung* und die *Stadtentwicklung*.

Handlungsfeld Sprachvermittlung

Das Erlernen der deutschen Sprache ist für alle Zuwanderer nach Deutschland verpflichtend.

Den Zuwanderern und, auf freiwilliger Basis, den in Köln lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte werden Sprachkurse angeboten, die mit einem Orientierungsunterricht zu Staat, Gesellschaft und Geschichte Deutschlands verbunden werden. Neben der Volkshochschule, die die Koordinierung hat, bieten 18 Organisationen solche Kurse in Köln an. Zusätzlich zum Angebot für Erwachsene besteht auch eine Sprachförderung für Kinder. Zwei Jahre vor der Einschulung müssen sich alle schulpflichtigen Kinder, nicht nur die Migrantenkinder, einem Sprachtest unterziehen. Werden Probleme festgestellt, so wird diesen Kindern parallel zum Kindergarten die Teilnahme an einem Förderunterricht zur Pflicht gemacht. Die Sprachförderung wird in den Schulen fortgesetzt, wenn auch nicht systematisch. Hier besteht ein Nachholbedarf. Notwendig ist, dass die Sprachlernangebote für Eltern, und insbesondere für Mütter, ausgebaut werden. Damit können sie auch besser in den Bildungsprozess ihrer Kinder einbezogen werden.

Erheblicher Nachholbedarf besteht bei der bilingualen Förderung der Kinder mit Migrationsgeschichte. Es bestehen nur wenige bilinguale Bildungseinrichtungen. Für italienische Kinder mit Migrationsgeschichte bestehen in Köln nur ein Kindergarten der Caritas, drei Grundschulen (Primärbereich) sowie drei Gesamtschulen/Gymnasien (Sekundärbereich) mit bilingualem Angebot. Darüber hinaus bieten zu wenige Gymnasien italienisch als Fremdsprache an. Die Stadt Köln muss und will den bilingualen Schulunterricht ausbauen.

Handlungsfeld Schule

Neben der Sprachförderung ist jedoch die allgemeine schulische Förderung von Kindern mit Migrationsgeschichte wichtig. Das größte Problem besteht darin, dass die Eltern ihre Kinder meist wenig unterstützen können. Hinzu kommt, dass die Migranten sich oft auf bestimmte Stadtteile konzentrieren, so dass in einigen Schulen weit über die Hälfte der Kinder eine Migrationsgeschichte aufweisen. Dies ist besonders problematisch, wenn in Schulklassen Schüler einer Nationalität eine dominierende Rolle haben. Notwendig ist deswegen, dass die Lehrer mehr Zusatzschulungen erfahren und das Personal in diesen Schulen erhöht wird.

Für den Lernerfolg der Kinder ist die Mitarbeit der Eltern auch in den Schulen wichtig. Die Eltern sollten ermutigt werden, zu den Elternabenden, Einschulungs- und Informationstagen der Schulen zu kommen. Die Lehrer sollten diese Veranstaltungen verstärkt für persönliche Gespräche nutzen. Aktive Mitarbeit und Unterstützung der Eltern während der Schullaufbahn ihrer Kinder gelingt dann besser, wenn sie sich mit der jeweiligen Schule identifizieren können. Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die schulische und pädagogische Beratungseinrichtung RAA („Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien“, NRW) in Köln.

Handlungsfeld Chancengleichheit von Frauen

Besondere Aufmerksamkeit muss der Förderung der Mädchen gelten. Viele Töchter aus traditionell geprägten Familien mit Migrationsgeschichte, insbesondere aus

dem islamischen Kulturkreis, erfahren nicht nur eine geringere Förderung und Benachteiligung (Teilnahmeverbot an Sport und Schulausflügen), sondern werden teilweise in ihrer Menschenwürde verletzt. Die Zwangsverheiratung ist leider keine Seltenheit und muss stärker geächtet werden. Hierfür darf es keine Toleranz geben.

Schlimm ist auch, dass die Töchter und häufig auch ihre Mütter häusliche Gewalt durch männliche Familienmitglieder erfahren. Die CDU in Köln fordert deswegen ein Netzwerk „Gegen Gewalt an Frauen und Mädchen mit Zuwanderungsgeschichte“ zwischen der Stadt Köln, den interkulturellen Zentren und den Moscheevereinen. Häusliche Gewalt ist leider nicht ausschließlich ein Problem der Familien mit Migrationsgeschichte, sondern findet auch in deutschen Familien statt. Frauen mit Zuwanderungsgeschichte haben jedoch den großen Nachteil, dass ihnen weniger Handlungsmöglichkeiten offen stehen, weil sie oft weder ein soziales Netzwerk außerhalb der Familie besitzen, noch über das nötige Geld verfügen, um sich eine eigene Wohnung mieten zu können. Deswegen muss die Beratungsinfrastruktur, einschließlich kulturell sensibler Unterstützungsangebote, für diese Mädchen und Frauen ausgebaut werden. Ich begrüße es, dass die Stadt Köln eine Reihe von Aufklärungsaktivitäten gegen „Zwangsheirat“ und „Gewalt gegen Frauen“ durchgeführt hat.

Handlungsfeld Berufsausbildung

Ein großes Problem ist für viele Jugendliche mit Migrationsgeschichte die Arbeitslosigkeit.

Neben teilweise geringen Sprachkenntnissen ist hierfür die mangelnde berufliche Qualifikation die wichtigste Ursache. Oft besteht bei den Eltern völlige Unkenntnis über die Bedeutung der beruflichen Ausbildung in Deutschland. Da 63,6% der ausländischen Beschäftigten in Köln keinen Berufsabschluss aufweisen, ist auch nicht verwunderlich, dass sie ihren Kindern insbesondere den Mädchen kein Vorbild sein können.

In Köln fanden eine Vielzahl von Kampagnen statt, um Schulabgänger mit Zuwanderungsgeschichte zur Berufsausbildung zu motivieren. Neben einer gezielten Ansprache der Jugendlichen und ihrer Eltern wurden insbesondere Arbeitgeber aufgefordert, diesen Jugendlichen einen Chance zu geben. Bei einer Reihe von Aktionen wurden auch in Zusammenarbeit mit dem italienischen Generalkonsulat italienische Migranten angesprochen. Es hat sich als sehr erfolgreich erwiesen, neben den Migrantenvereinigungen auch Unternehmer mit Migrationshintergrund anzusprechen. Vor dem Ausscheiden aus der Schule erhalten die Schüler zwar Informationen über ihre berufliche Perspektive und die berufliche Ausbildung, diese Informationen müssen jedoch für die Jungen und insbesondere für die Mädchen mit Migrationsgeschichte systematischer vermittelt werden. Notwendig ist ein Monitoring-Programm für junge Frauen, bei dem berufserfahrene Mentorinnen zum Einsatz kommen sollten.

Handlungsfeld Existenzgründung

Neben der Förderung der beruflichen Qualifikation gilt es auch, die Unterstützung für Existenzgründungen aus dem Kreis der Migranten zu verstärken. Es ist zu begrüßen, dass die Kammerorganisationen in Köln spezifische Beratungsangebote anbieten. Eine unterstützende Rolle spielen hierbei auch das „Regionale Förderzentrum für ausländische Existenzgründer und Unternehmer“ (RFZ) in Köln sowie türkische, italienische und griechische Unternehmervereinigungen. Dennoch habe ich den Eindruck, dass in Köln noch viel mehr gemacht werden könnte. Hierbei appelliere ich insbesondere an die Unternehmer.

Handlungsfeld Stadtentwicklung

Die Querschnittsaufgabe von kommunaler Integrationspolitik wird insbesondere bei der Stadtentwicklungspolitik deutlich. In einigen Kölner Stadtteilen besteht eine erhebliche Konzentration der Problemlagen von sozial Benachteiligten und von Bewohnern mit Zuwanderungsgeschichte. Integrationspolitik bedeutet vor allem soziale und ethnische Absonderung und die Entstehung von Parallelgesellschaften in den Stadtteilen zu verhindern. Integration geschieht vor Ort, also in der Nachbarschaft, im Wohnumfeld und im Stadtteil. Wo die Mehrheitsgesellschaft aber nicht mehr als Mehrheit präsent ist, sind Integrationsbemühungen mit besonderen Erschwernissen verbunden. Die wichtigsten Handlungslinien sind:

- Eine intelligente Belegungspolitik bei den Sozialwohnungen (in Köln bestehen ca. 50.000), um die Ballung von ethnischen Gruppen zu vermeiden bzw. abzuschwächen,
- eine bessere Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Nahverkehr;
- eine Verstärkung der Sicherheit auf den Straßen;
- der Ausbau der Bildungsangebote vor Ort;
- die Förderung von Bürgerinitiativen z.B. für gruppenübergreifende Straßenfeste.

Eine integrationsorientierte Stadtteilpolitik muss insbesondere auf die Partizipation der Migranten setzen. Alle müssen aufeinander zugehen. Dies betrifft auch Fragen der Lebensweise, der Religionsausübung, so auch den Bau von Moscheen. Der Dialog muss gerade in den Stadtteilen besser organisiert werden. Das Kölner Projekt „Stadtteil-Manager“ ist ein gutes Beispiel und sollte fortgesetzt werden.

Heimatgefühl für die eigene Stadt entwickeln

Meiner Ansicht nach beruht eine erfolgreiche Integration auch auf dem bürgerschaftlichen Engagement. Gerade auch den Menschen mit Migrationsgeschichte müssen hierzu mehr Chancen eröffnet werden. Aber die Migranten und insbesondere die Migrantenvereinigungen müssen erkennen, dass ihr Engagement sich nicht nur auf Forderungen an die Institutionen beschränken kann. Sie müssen lernen, Mitverantwortung zu übernehmen. Teilhabe ohne Mitverantwortung funktioniert nicht. Dies betrifft die Eltern, die sich für ihre Schule einsetzen, die Unternehmer, die mehr Berufsausbildungsplätze anbieten und die Bürger, die sich in ihrem Stadtteil engagieren. Aber auch die einheimische alt eingesessene Kölner Bevölkerung muss lernen, die Anregungen und Vorschläge der Migranten nicht nur ernst zu nehmen, sondern sie auch als Bereicherung des Zusammenlebens zu erkennen. Dann kann es auch gelingen, dass die Menschen mit Migrationsgeschichte für ihre Stadt ein Heimatgefühl entwickeln, eine wichtige Grundlage für den sozialen Zusammenhalt einer Gemeinschaft.